



**KEINE BEFÖRDERUNGEN, KEINE ÜBERSTUNDENAUSZAHLUNG**

## Senat muss Notbremse ziehen – Wir auch?

**Z**um 1. Juli 2016 statt zum 1. Januar 2016 will der Bremer Senat Beförderungen im Bereich der Polizei realisieren. Dieser Umstand wird negative Auswirkungen auf die Motivation der Belegschaft haben und leistungshemmend wirken. In Zeiten, wo vor allem Flexibilität und Freiwilligkeit von allen Beschäftigten im Bereich der Inneren Sicherheit gefordert wird, riskiert der Senat aus Sicht der größten Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte, gerade dies zu verspielen.

Zuletzt hob Staatsrat Thomas Ehmeke (SPD) die extrem gestiegene Belastung der Sicherheitsbehörden in der Debatte um Überstundenauszahlung noch einmal deutlich hervor. Wir fordern die Abschaffung des einzigen Beförderungstermins für Polizisten in Bremen und Bremerhaven, damit in Zukunft schneller und gerechter für die professionelle Arbeit befördert werden kann.

### Was ist der Grund für das unsensible Vorgehen des Senats?

Im September verhängte der Senat aufgrund eines Finanzrisikos von 250 Millionen Euro erneut eine Haushaltssperre. In dieser Zeit wird nur bezahlt, was für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes zwingend erforderlich ist. „Notbremse“ nennt Finanzsenatorin Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) dieses Vorgehen.

Trotz „Notbremse“ sind aber Ausnahmen erlassen worden. Darunter z. B.: Einstellungen im Schulbereich und Fördermaßnahmen. Der Senat kann also Ausnahmen trotz Haushaltssperre erlassen. So könnte er auch unsere Beförderungen als solche Ausnahme beschließen. Die Anzeichen dafür stehen schlecht.

Schlecht steht es auch um die Auszahlung von geleisteter Mehrarbeit. Nach unserem öffentlichen Aufschrei im August wurde der Überstundenberg minimal kleiner. Die Zahl der Überstunden sank von 330.000 auf 306.000 Stunden. Ein An-

trag der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, der die Auszahlung weiterer Überstunden forderte, wurde von der rot-grünen Koalition abgelehnt. Die Anzeichen im klammen Bundesland Bremen, Geld für geleistete Mehrarbeit zu erhalten, stehen ebenfalls schlecht.

### Dicke Luft bei Personalräteversammlung

Aufgrund der Tatsache, dass auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes vieles im Argen liegt und die Anzeichen für eine Verbesserung der derzeitigen Zustände ebenfalls schlecht stehen, wurde eine Personalrätekonferenz einberufen. Bürgermeister Carsten Sieling war geladen. Wir erwarteten vom Bürgermeister verbindliche Aussagen über die Zukunft des bremischen öffentlichen Dienstes und über die Perspektiven für die Beschäftigten. Die Zuhörer interessierte auch, welche Bedeutung der Bürgermeister den öffentlichen

*Fortsetzung auf Seite 2*



Personalräte der Bremer Behörden sagten dem Bürgermeister deutlich ihre Meinung über Sparmaßnahmen zulasten der Beschäftigten und verschobene Beförderungstermine.



Fortsetzung von Seite 1

Dienstleistungen zuzusichern und wie er für eine ausreichende finanzielle Absicherung sorgen will. Im Gegenzug informierten einzelne Personalräte über die Situation in den eigenen Dienststellen.

Für den Bereich der Polizei sprach Rolf Oehmke, Personalratsvorsitzender und Mitglied des GdP-Vorstandes. In einer beeindruckenden Rede über den derzeitigen Arbeitsalltag Bremer Polizistinnen und Polizisten wies er deutlich darauf hin, dass „die Polizei Konflikte lösen, aber deren Ursachen nicht bekämpfen kann“.

Mit Blick auf die Bewirtschaftungsmaßnahmen (Notbremse) führte er aus, wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse trotz Bremer Erklärung



**Hatte keinen leichten Stand in der Diskussion: Bürgermeister Dr. Carsten Sieling.**

nicht aufgelöst werden, im Gegenzug aber die Polizeispitze Dienst- und Werkverträge mit Pensionären abschließen will. Die Stimmung auf der Personalräteversammlung kippte, als der Bürgermeister bekannt gab, Beförderungen für den gesamten öffentlichen Dienst verschieben zu wollen. Dabei waren Buh-Rufe noch eine milde Form des dortigen Protests. Beeindruckend war jedoch ein Redebeitrag aus der Steuerbehörde. Denn dort ist man sich sicher: „Das Geld liegt in Bremen auf der Straße.“ Es fehle aber Personal, es einzusammeln. Die Anzeichen, mehr Steuern einzunehmen, stehen schlecht.

### Ein Motto ohne Zukunft?

„Bremen 2030 – Land mit Zukunft: Sozial gerecht und nachhaltig, leistungsstark und selbstständig!“ lautete das Motto des Regierungsprogrammes 2015 bis 2019. Die Anzeichen dafür stehen schlecht!

### GdP mit klarer Forderung

Unser Landesvorsitzender Jochen Kopelke hat in einer Vielzahl von politischen Gesprächen und Interviews immer wieder eindrucksvoll auf Folgendes hingewiesen: „[...] dort wo andere weglaufen und sich in Sicherheit bringen, sind Polizisten gefordert, sich der Gefahr zu stellen. Dabei können die Beamtinnen und Beamten auf unterschiedlichste Art und Weise bestärkt und unterstützt werden: die beste Ausrüstung, das beste Training, ausreichend Kollegen links und rechts neben sich und öffentlicher Rückhalt. Ein Polizeibeamter stellt seine Fähigkeiten und seine Leidenschaft für diesen Beruf in den unterschiedlichsten Aufgaben zur Verfügung. Wenn er oder sie dies tut, was müssen dann andere zur Seite stellen?“

Noch kann der Bremer Senat Ausnahmen während der Haushaltssperre beschließen! Wollen wir hoffen, dass die Senatsmitglieder sich bewusst sind, welche negativen Auswirkungen die derzeitige Regierungspolitik zur Folge haben kann. Noch kann der Senat die „Notbremse“ ziehen, darin scheint zumindest die Finanzsenatorin Übung zu haben.

**Der Landesvorstand**

## TERMIN

**Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe 2015, Landesjournal Bremen, ist der 3. November 2015.**

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

## EIGENSICHERUNG

# Hinweis zur Versicherungskarte der Polizei Bremen



**Seit dem 1. 10. 2015 seid ihr im Besitz einer persönlichen Versicherungskarte. Endlich ist der alte Krankenschein abgeschafft und Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte können beim Arztbesuch mit einer Versicherungskarte punkten. ABER: Bedenkt, dass wenn ihr im Dienst verletzt werdet und ihr im Anschluss einen Arzt aufsucht, ihr eure Privatschrift auf möglichen Arztberichten, etc. in die dienstliche Anschrift ändern lasst. Eure Privatadresse sollte nicht an andere gelangen!**



## POLITISCHE GESPRÄCHE

**GdP im Gespräch mit SPD-Fraktion**

Tschöpe: „Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben: Wir setzen auf Schwerpunkte“

**A**m 28. 9. 2015 lud der SPD-Fraktionsvorsitzende Björn Tschöpe den Landesvorsitzenden Jochen Kopelke und Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes zu einem ersten Gespräch nach der Bürgerschaftswahl ein. In dem rund zweistündigen Gespräch wurde deutlich, dass die Schwerpunktsetzung der SPD-Fraktion auf Innere Sicherheit zur richtigen Zeit kommt.

Die vom Landesvorsitzenden dargestellte überschrittene Belastungsgrenze für Beschäftigte bei der Polizei, dem Stadtamt und anderen Sicherheitsbehörden in Bremen wurde vom Fraktionsvorsitzenden anerkannt und spiegelt sich aus seiner Sicht in der erhöhten Zielzahl der Polizei Bremen wider.

Zusätzliche Gelder zur Auszahlung von Überstunden lehnte die SPD-Fraktion zuletzt ab, der Einstieg in das Gespräch war somit schnell bereitet. Die Kritik an der Ablehnung wurde deutlich durch den Landesvorsitzenden Kopelke angesprochen. Björn Tschöpe (SPD) sprach in diesem Zusammenhang über die bestehende Haushaltssperre und die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen und betonte sein nach der Wahl öffentlich gemachtes Statement: „Ein ‚Weiter



Trafen sich zum Gespräch (v. r.): Björn Tschöpe, SPD, Rolf Oehmke, Heinfried Keithahn und Jochen Kopelke, GdP.

so‘ darf es nicht geben: Wir setzen auf Schwerpunkte.“

Einer dieser Schwerpunkte ist nach Angaben des Fraktionsvorsitzenden nach wie vor Innenpolitik. Jochen Kopelke mahnte im Gespräch deutlich: „Die Reserven der Polizei sind aufgebraucht. Es muss schnellstmöglich eine Verbesserung der derzeitigen Situation geben, bevor auch die Polizeiarbeit zunehmend krank macht.“

Dominierendes Thema der Gesprächsrunde war jedoch die im September angeordnete Haushaltssperre und ihre Auswirkungen. „Der Abbau prekärer Beschäftigung bei der Polizei Bremen wird gehemmt“, führte Rolf Oehmke an und verwies auf die Bremer Erklärung zur fairen Beschäftigung, die auch unter der neuen Landesregierung gelte. Weitere Punkte, die im Gespräch erörtert wurden, waren:

- Haushaltssperre und ihre Auswirkungen auf Beförderungen,
- Haushaltsverhandlungen 2016/2017,
- Zielzahl Polizei Bremen,
- Zunahme der Sonderlagen – Auswirkungen auf Alltagslage,
- Standorte der Polizei,
- bedarfsorientierte Schichten,
- Aufstockung des Stadtamtes,
- Landesamt für Verfassungsschutz, Aufgabe und Personalgewinnung,
- Flüchtlingssituation: derzeitige extreme Belastung in allen Bereichen der Polizeiarbeit.

Das Gespräch mit der SPD-Fraktion war der Beginn weiterer Gesprächsrunden mit den restlichen Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft.

**LANDESFRAUENGRUPPE****Terminhinweise**

Am **Mittwoch, 25. 11. 2015**, lädt die Landesfrauengruppe zu zwei Veranstaltungen in die GdP-Geschäftsstelle in der Bgm.-Smidt-Str. 78 in 28195 Bremen ein:

**11 Uhr Informations- und Klönfrühstück**

Für Mütter, die in Elternzeit sind, und Schwangere.

Bitte Anmeldungen unter Telefon 0 47 95/4 22 oder 01 70/4 98 48 97 bzw. holdiesiggi@web.de.

**17 Uhr Kaffeetrinken mit anschließendem Basar**

Informationsaustausch über die Aktivitäten der Landesfrauengruppe und die Möglichkeit, mit Politikerinnen zu diskutieren.



# Internationaler Tag der älteren Generation

**Z**um fünften Mal hatte der DGB Bremen mit seinen Einzelgewerkschaften, die Sozialverbände, Parteien und Selbsthilfegruppen am 1. Oktober 2015 zum Tag der älteren Generation aufgerufen. Es ist ein internationaler Tag, der lt. UNO-Beschluss 1990 ins Leben gerufen wurde.

Dieser Tag soll auf die Situation und die Belange älterer Menschen aufmerksam machen. In Bremen fand die Veranstaltung wieder in der Innenstadt auf dem Hanseatenhof statt. Schirmfrau war Annelie Keil. Das **Motto** für 2015:

**„Pflege und Gesundheit für die Menschen, nicht für die Börse!“**

Älter wird man von ganz allein und den Rest bekommt man dann wohl auch noch hin. So ist es leider nicht! Daher haben sich am 1. Oktober Gewerkschaften, Parteien usw. mit diesem Thema befasst, um das auszu-

sprechen, was uns Menschen über 60 bewegt. In ihrem Vortrag ging Frau Keil auf Schwierigkeiten ein, die eine älter werdende Gesellschaft mit sich bringt, und was die Älteren mit ihrem Leben noch anstellen können. Die

Menschen leben länger als frühere Generationen, ein Potenzial, das zu nutzen ist. Mit dem zunehmenden Alter gelte es aber auch, die Schwierigkeiten zu bewältigen wie: Gesundheit, Wohnen, die Pflege usw. In



V. l. n. r.: Horst Albinger, Wolfgang Karzenburg, Walter Liebetrau, Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Eckhard Lindhorst

## SENIOREN BREMERHAVEN

### Änderung der Anmeldung zur Weihnachtsfeier in Bremerhaven

Wichtige Änderung für die Anmeldung zu unserer Weihnachtsfeier in Bremerhaven!

Entgegen der Information in der Oktober-Ausgabe unserer Zeitung bitten wir um Anmeldung ausschließlich bei:

**Wolfgang Rooch**, Tel.: 04 71/ 5 16 61, E-Mail: [wogero@nord-com.net](mailto:wogero@nord-com.net) oder der

Geschäftsstelle der GdP in Bremen, Tel.: 04 21/9 49 58 50, E-Mail: [gaby.buziek@gdp.de](mailto:gaby.buziek@gdp.de)

Außerdem sind Anmeldungen natürlich auch noch auf unserer letzten Sitzung in diesem Jahr, am Dienstag, dem 10. November, im Ernst-Barlach Haus, möglich.

**Wolfgang Stanger**

## SENIOREN

### Monatstreffen

#### Bremerhaven

**Dienstag, 10. November 2015, 16 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8**

#### Bremen

**Donnerstag, 12. November 2015, 15.30 Uhr, Grollander Krug**

#### Hinweis:

Weihnachts- und Wiedersehensfeiern in Bremen und Bremerhaven:

Bremen: Freitag, 4. Dezember 2015, 17 Uhr, Hotel Balladins, August-Bebel-Allee 4

Bremerhaven: Freitag, 11. Dezember 2015, 16 Uhr, Haus am Blink, Adolf-Butenadt-Straße 7

Bitte auch die ausführliche Information in der Oktober-Ausgabe unserer Gewerkschaftszeitung beachten! Es erfolgen keine Einladungen per Briefpost.

**Wolfgang Karzenburg**

mehreren Redebeiträgen wurde dies auch zum Ausdruck gebracht. Auch unser Landesbezirksvorsitzender, Kollege Jochen Kopelke ließ es sich nicht nehmen, am Infostand der GdP-Fachgruppe Senioren vorbeizuschauen. Im Laufe des Nachmittags hatten wir Besuch von unserem **Bürgermeister Dr. Carsten Sieling**, der uns verbindlich zusicherte, 2016 an einem Treffen im Grollander Krug teilzunehmen. Gefreut hat uns, dass doch mehr Kolleginnen und Kollegen der GdP-Senioren bei uns am Infostand vorbeischauten als in den vergangenen Jahren. Das weitere Programm zur Unterhaltung und zum Nachdenken wurde gerne angenommen.

Wir werden 2016 wieder dabei sein.

**Wolfgang Karzenburg**

## JUNGE GRUPPE – DKMS

### Nächster Registrierungstermin

11. 12. 2015, in der Aula 8–13 Uhr der HsÜV Bremen.



JUNGE GRUPPE

# Willkommen bei der Polizei Bremen

**E**s ist Freitag, der 1. 10. 2010. Ich stehe frühmorgens auf und stelle fest, dass ich doch ganz schön aufgeregt bin. Heute beginne ich mein Studium bei der Polizei Bremen. Doch was wird auf mich zukommen? Neue Eindrücke. Neue Menschen. Neue Erfahrungen. Wird sich meine Vorstellung von diesem Beruf bestätigen? Werde ich den Leistungen, die von mir gefordert werden, gerecht? Kann ich mich gut in die Gruppe einbringen? Alles Fragen, die mir damals, an meinem ersten Tag, im Kopf rum-schwirrten.

Voller Nervosität mache ich mich auf den Weg zur Liegenschaft am Niedersachsendamm. Ich passiere die Schranke und werde direkt herzlichst von Ausbildern und der JUNGEN GRUPPE (GdP) willkommen geheißen. Meine Nervosität verschwindet wie im Flug.

Auch in diesem Jahr hat die JUNGE GRUPPE wieder viel auf die Beine gestellt, um den neuen Kolleginnen und Kollegen einen herzlichen Empfang zu bereiten. Die 120 Polizeikommissar-Anwärter erhielten zur Begrüßung wieder eine Schultüte, gefüllt

mit vielen hilfreichen und interessanten Inhalten.

Dies soll einmal mehr zeigen, wie wichtig es der JUNGEN GRUPPE ist, für die Kolleginnen und Kollegen da zu sein. Denn (Zitat):

**„Es ist mehr wert, jederzeit die Achtung der Menschen zu haben, als gelegentlich ihre Bewunderung.“**

(Jean-Jacques Rousseau)



Bei warmen Getränken und ein paar Keksen kam man schnell ins Gespräch und konnte dem einen oder anderen direkt ein paar brennende Fragen beantworten.

Auch die Anwesenheit des Landesvorsitzenden der GdP Bremen, Jochen Kopelke, zeigt, wie froh wir sind, dass 120 Anwärter ihre Ausbildung aufnehmen. Denn uns allen ist bekannt, dass wir alle 120 Frauen und Männer dringend brauchen.

In diesem Sinne freuen wir uns, dass ihr da seid. Wir stehen euch zur Seite, wann immer ihr es braucht. Alles Gute und ein erfolgreiches Studium!

**Eure JUNGE GRUPPE,  
Julian Kulgart**

Das Team der GdP/Junge Gruppe begrüßte die neuen Kolleginnen und Kollegen des Einstellungsjahrgangs 2015.

Fotos: Anne Wohlers



# Demokratie wagen

Die Geschichte eines Bürgerbegehrens

**F**ür alle, die es noch nicht wissen: Der Landesvorsitzende kann ziemlich autoritär sein. „Schreib‘ was über euer Bürgerbegehren!“, so lautete sein unmissverständlicher Auftrag an mich. Aber irgendwie hatte ich eine Blockade. Jeder Ansatz erstickte nach etlichen Seiten in einem Wust aus Inhalten und Emotionen. Hätte Jochen mich gebeten, ein Buch zu schreiben, wäre es einfacher gewesen. Ich habe es einfach nicht gebacken bekommen. Mir war nur klar, dass die ganze Sache besser hätte laufen können, wenn man unseren Einfluss als GdP in Bremen und in Bremerhaven und die Bedeutung der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger insgesamt nicht unterschätzt hätte. Während ich verzweifelt versucht habe, meinen Gedanken Struktur zu verleihen, nahmen wir an der Bremer Personalrätekonferenz teil und das war mir eine große Hilfe.

Es sprach der Präsident des Senats, Dr. Sieling. Und wie wohlthuend war es zu hören, dass der kluge Mann die Mitbestimmung als Kernelement seiner Politik hervorhob. Und das von einem Bremer Sozialdemokraten. Ganz neue Töne!

Viele Möglichkeiten, den Haushalt zu sanieren, gebe es nicht. Eigentlich gebe es nur noch eine: den Abbau von Doppelstrukturen. Man habe Bremerhaven diesbezüglich das Angebot gemacht, unter anderem eine Landespolizei einzuführen, und anstatt erst einmal darüber zu reden, hätten sich in Bremerhaven alle hinter dem „Deich versteckt“ und seien dann mit dem Bürgerbegehren um die Ecke gekommen. Mit dem Bürgerbegehren hätten die Initiatoren der Stadt Bremerhaven im Übrigen erheblichen Schaden zugefügt.

## PUNKT

Es gibt Dinge, die halten wir für selbstverständlich. Demokratie ge-

hört dazu. Demokratie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Demokratie müssen wir lernen und wir müssen für ihren Bestand einstehen. Wir müssen sogar bereit sein, für die Demokratie zu kämpfen. Gerade jetzt brauchen wir eine starke Demokratie. Aber wir missachten leichtfertig demokratische Grundprinzipien. Wir gehen zum Beispiel nicht mehr zur Wahl. 38 Prozent Wahlbeteiligung in Bremerhaven sind eine Gefahr für die Demokratie. Die Regierung scheint das nicht wirklich zu stören. So wie man schlechten Service mit den Worten „Vorsicht, Kunde droht mit Umsatz!“ beschreibt, gilt für die aktuelle Regierungsarbeit: „VORSICHT, WÄHLER DROHT MIT BETEILIGUNG!“

## GEDANKENSTRICH

Die Selbstständigkeit unserer kommunalen Polizei ist für uns als Kreisgruppe der GdP eine Herzensangelegenheit. Das sollte hinlänglich bekannt sein. Wir haben auch nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir uns gegen Versuche, die Ortspolizeibehörde in eine Landespolizei zu integrieren, wehren würden. Vor der Wahl durften wir zu Recht davon ausgehen, dass es dazu keinen Anlass geben würde. Die Landespolizei wurde in keinem Wahlprogramm als Ziel ausgewiesen.

Umso größer war die Überraschung im Anschluss an die Koalitionsverhandlungen, als Frau Linnert der

Landespolizei die Worte verkündete: „Wenn zwei Menschen zusammenziehen, dann ist auch ein Staubsauger über, und trotzdem wird weiter Staub gesaugt.“

Als dann auch noch der Eindruck entstand, die rot-schwarze Koalition in Bremerhaven sei mit der Preisgabe der städtischen Polizei einverstanden, waren wir eigentlich ausgeknockt. Das war der Zeitpunkt, als man mit uns hätte reden müssen. Aber mit uns wollte keiner sprechen und das lag bestimmt nicht an irgendwelchen Deichen, hinter denen wir uns versteckt haben. Der Bremerhavener Gesamtpersonalrat hat Dr. Sieling um ein Gespräch gebeten. Die Anfrage ist bis heute nicht beantwortet.

Unsere Informationen über die Pläne der Regierung bezogen wir aus den Medien. Dort referierte Dr. Sieling über Indianerstämme und Häuptlinge, und als wir von Frau Linnert bei „buten un binnen“ erfuhren, dass sie unerschütterlich an die Kraft von Argumenten glaubt, fingen wir an, genau solche zu sammeln. Und selbstverständlich haben wir Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Wir haben als Kreisgruppe der GdP unsere Argumente auf einer Website [www.proopb.de](http://www.proopb.de) veröffentlicht und einen Facebookaccount gestartet.

Die Rückmeldungen waren außerordentlich ermutigend und natürlich lag es da nahe, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

## BÜRGERBEGEHREN

Die Bremerhavener Stadtverfassung ermöglicht verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Eines der basisdemokratischen Elemente ist das Bürgerbegehren. Grundlage eines Bürgerbegehrens ist ein Antrag, den mindestens drei Bürger Bremerhavens in der Stadtverordnetenversammlung in einer Angelegenheit stellen müssen, die der Selbstverwaltung der Stadt unterliegt. Der Antrag wird zum Bürgerbegehren, wenn er von fünf Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnet wird. In Bremerhaven sind etwa 84 000 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. D. h., 4200 Unterschriften müssen den Bür-



Foto: Addick Dase



KREISGRUPPE BREMERHAVEN



Unterschriftensammlung auf dem Wochenmarkt in Gestemünde

gerantrag legitimieren. Wenn die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens anerkennt, schließt sich ein Bürgerentscheid an. Der Bürgerentscheid verläuft wie eine Wahl mit Stimmzetteln und Wahllokalen. Der Antrag gilt verbindlich, wenn dem Bürgerentscheid die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, mindestens aber zwanzig Prozent der Wahlberechtigten zustimmen. Ein Bürgerentscheid entfällt, wenn die Stadtverordnetenversammlung die beantragte Maßnahme beschließt.

Als Antragsteller stellten sich **Jörg Schulz, Michael Viehweger** und **Erwin Knäpper** zur Verfügung. Der Antrag wurde außerdem von **Artur Beneken, Marlies** und **Albert Marken** und **Ulrich Freitag** unterstützt. Vier Bürgerschaftsabgeordnete, darunter eine ehemalige innenpolitische Sprecherin, ein ehemaliger Oberbürgermeister und Jurist, ein ehemaliger Stadtverordnetenvorsteher, ein ehemaliger Magistratsdirektor und Jurist, ein ehemaliger Direktor der Ortspolizeibehörde und ein pensionierter Polizeibeamter bildeten ein schlagkräftiges, kompetentes und repräsentatives Team.

Das Bürgerbegehren wurde der Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Innerhalb von vier Wochen würde es gelingen, das

ausgegebene Ziel von 5000 Unterschriften zu sammeln, gab Jörg Schulz bekannt. Das schien außerordentlich sportlich.

Unter Beteiligung der Antragsteller und Unterstützer haben wir gemeinsam mit vielen Kollegen im Columbus-Center und auf Wochenmärkten Unterschriften gesammelt. Darüber hinaus haben uns Parteien, Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte, Vereine und Organisationen, Kolleginnen und Kollegen und viele Privatpersonen unterstützt.

Wir haben dabei unmittelbar erfahren, welchen enormen Rückhalt wir als Polizei in der Öffentlichkeit haben. Das war beeindruckend und motivierend. Wir haben unzählige Gespräche geführt und waren überrascht, wie detailliert die vermeintlich an Politik Uninteressierten informiert waren.

Das Bürgerbegehren wurde ausdrücklich als Instrument begrüßt, endlich einmal unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können, die die Bürgerinnen und Bürger für elementar halten. Das Bedürfnis nach Sicherheit, die von einer starken Polizei vor Ort gewährleistet wird, gehört – die Rückmeldung war eindeutig – zu den vorrangigen politischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Den Regierungsparteien SPD und den Grü-

nen wurde vielfach mangelnde Kompetenz vorgeworfen.

9500 UNTERSCHRIFTEN

Als wir nach drei Wochen rd. 9500 Unterschriften gesammelt hatten, erklärten die Bremerhavener CDU und der Oberbürgermeister, mit ihnen sei die Landespolizei nicht zu machen. Damit war der Weg frei, das Bürgerbegehren für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Oktober einzureichen. Wir waren fast enttäuscht, weil wir davon überzeugt waren, dass wir auch 20 000 Unterschriften zusammen bekommen hätten, wenn wir weitergemacht hätten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat die Zulässigkeit des Bürgerbe-



Übergabe der Unterschriften an die Stadtverordnetenvorsteherin und den Oberbürgermeister

gehrens anerkannt und die beantragte Maßnahme beschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung folgte damit dem beeindruckenden Votum des Souveräns. Die Ortspolizeibehörde bleibt städtisch.

DEMOKRATIE – UND NUN?

Und was macht der Präsident des Senats? Gratuliert er der Stadt Bremerhaven dazu, Demokratie gewagt und ihr damit zu neuem Reiz verholten zu haben, wie es sich für einen Demokraten von echtem Schrot und Korn gehören würde? Nein, Dr. Sieling wirft den Initiatoren des Bürgerbegehrens – also uns – vor, wir hätten der Stadt Bremerhaven großen Schaden zugefügt. Warum, Herr Dr. Sieling? Was für einen Schaden? Den, den der Senat uns jetzt zufügen wird,

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

weil wir aufmüpfig waren? Weil wir dem Senat nicht gehorcht haben?

Die Fragen sind rein rhetorisch. Dr. Sieling wird uns nicht antworten!

Wenn aber der Senat den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung tatsächlich als etwas Schlechtes verurteilt! Wenn der Senat sich entblößt

und nachträglich offenlegt, dass das Angebot einer Landespolizei in Wirklichkeit eine Bedingung war! Wenn der Senat den Finanzausgleich nicht neu verhandelt und wenn der Senat jetzt unsere Zielzahl kürzt! Wenn der Senat die Bürgerschaft veranlasst, den defizitären Haushalt der Stadt Bremerhaven nicht zu genehmigen, obwohl die Haushalte beider Städte

defizitär sind, was nichts und wieder nichts mit der städtischen Polizei zu tun hat! Wenn der Senat also die Stimmen der Bremerhavener Bevölkerung nicht respektiert, dann macht sich der Senat zum Totengräber der Demokratie in diesem Bundesland und dann müssen wir bei der nächsten Wahl nicht mehr über Wahlbeteiligung reden.

Jörg Eilers

## LANDESFRAUENGRUPPE

# Tossens immer wieder ein Highlight

**B**ei blauem Himmel und Sonnenschein startete das Frauenseminar 2015 in Tossens. Das waren schon mal beste Voraussetzungen für das Seminar.

Das Motto lautete diesmal: „Frauengesundheit unter dem Aspekt der Vereinbarkeit Beruf und Familie.“

Die erzielten Ergebnisse werden demnächst vorgestellt. Doch das war bei Weitem nicht alles, was in den drei Tagen erarbeitet wurde.

Sehr interessant war der Bericht von **Nicole Füllmich-Penshorn** über die Aktivitäten des Personalrates der Ortspolizeibehörde Bremerhaven bzgl. des Widerstandes gegen die Landespolizei. Dass sie kämpfen können, ist uns allen ja bekannt. Mit welchem Enthusiasmus und Engagement sie letztendlich vorgegangen sind, zeigt wieder einmal, dass der bekannte Slogan „Einigkeit macht stark“ immer noch Bestand hat.

Der Beweis war drei Tage nach dem Seminar in der Nordseezeitung unter der Schlagzeile „Bremerhaven stoppt Landespolizei“ zu lesen.

Ein weiteres interessantes Thema wurde uns von **Brigitte Weinhold**, die neben Axel Kniefs für den Tarif zuständig ist, nähergebracht. Die Beamtinnen kamen aus dem Staunen nicht heraus, als sie erfuhren, wie wichtig Warnstreiks für Tarifverhandlungen sind. Wer weiß schon, dass die Arbeitgeber anhand der Warnstreiks ausloten, wie hoch sie bei den Verhandlungen gehen müssen. Demzufolge sind die Arbeitgeber bereit, mehr zu geben, wenn die Beteiligung an Warnstreiks hoch ist; denn das signalisiert eine erhöhte Streikbereitschaft. Die

Tarifbeschäftigten, so **Brigitte Weinhold**, seien die einzige „Waffe“ der Beamtinnen und Beamten. Sie kämpfen für uns!

Natürlich wurden auch aktuelle Themen wie die Wiederaufnahme der

scheinung, denn neben der Arbeit kam auch der Spaß, sei es bei der morgendlichen Gymnastik oder beim abendlichen Talk, an dem auch die kleine Greta und der Hund Skipper teilnahmen, nicht zu kurz.



Zeigten Aktivität, die Teilnehmerinnen des Seminars der Frauengruppe.

Telearbeit bei der Polizei Bremen, ein Mentoringprogramm für die Polizei Bremen und der immer noch geringe Frauenanteil in Führungspositionen (ca. 10% bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven) sowie der geringen Frauenquote beim Stadtamt und dem Magistrat der Seestadt heftig diskutiert.

Bevor es wieder in heimische Gefilde ging, kam die Manöverkritik. Als unglücklich empfanden alle, dass weder ein GLV-Mitglied noch eine Vertretung der Polizei Bremen erschienen war, obwohl die Gründe nachvollziehbar waren. Doch dieses war nur eine kleine negative Rander-

Last, but not least wurden alle Teilnehmerinnen aufgefordert, die GdP-Mitglieder bei den Personalratswahlen und die Wahl der Frauenbeauftragten zu unterstützen und Werbung zu machen. Schließlich sind sie die BESTEN!

Siggi Holschen,  
Landesfrauengruppe

